



Die Zukunft hat meistens das Nachsehen

In den nächsten Jahren muss es gelingen, die Qualität von Studium und Lehre an den Hochschulen in Deutschland nachhaltig zu verbessern. Die Länder haben jedoch vielfach nicht die Mittel, die Unterfinanzierung zu überwinden, der Bund nicht die Kompetenzen. Das Nachsehen haben die Lehrenden und Studierenden – dabei sollen sie die heute angehäuften Schuldenberge eines Tages abtragen. von Philipp Antony

"Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung", befand John F. Kennedy und brachte damit aphoristisch auf den Punkt, dass Investitionen in die Qualität von Schule, Ausbildung, Studium und Lehre zwar einen hohen Preis haben, aber dennoch zu unverzichtbaren gesellschaftlichen Zukunftsinvestitionen zählen. Diese Einsicht ist in der Bildungspolitik auch weitgehend unumstritten, allerdings ist auffällig, dass es vielfach nicht gelingt, sie in politisches Handeln zu überführen. Zwei Beispiele.

Der Blick aufs große Ganze: Baustelle "Ausgaben für Forschung und Entwicklung". Da das in Lissabon verabredete Ziel, die nationalen F&E-Aufwendungen bis 2010 auf drei Prozent des Brutto- richtung von Fachzentren für die Hochinlandsprodukts zu steigern, nicht er- schullehre, um nur einige zu nennen.

2015 einfach erneut vorgenommen. Während sich die bereits proklamierte "Bildungsrepublik" also noch etwas gedulden muss, bis sie sich ihres Namens würdig erweisen kann, haben sich andere Staaten längst ambitioniertere forschungspolitische Ziele jenseits der Drei-Prozent-Marke gesetzt.

Der Blick nach innen: Baustelle "Studium und Lehre". Der Wissenschaftsrat hat bereits 2008 mit den Stimmen von Bund und Ländern ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, um die Qualität von Studium und Lehre anzuheben: die Verbesserung der im internationalen Vergleich schlechten Betreuungsrelationen, mehr Personalmittel für Tutorien, Beratung und Fortbildungen oder die Einreicht worden ist, hat man es sich für Insgesamt ein Paket von 1,1 Milliarden

Euro, das jedoch in dieser Form nie bei den Hochschulen angekommen ist, weil die Finanzkrise dem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Immerhin wurde der Hochschulpakt fortgeschrieben, um die steigenden Studierendenzahlen bewältigen zu können - doch leider sind die dort festgelegten Beträge geringer als die durch einen Studienplatz entstehenden Kosten. Die Qualität hat also gegenüber der Quantität letztlich das Nachsehen im föderalen bildungspolitischen Zusammenwirken. Welche Schlussfolgerungen kann man aus den Beispielen ziehen? Geld allein ist selbstverständlich nicht der einzige Weg, um die Qualität von Lehre und Studium anzuheben. Auch die Hochschulen können viel beitragen, indem sie Qualität zur Chefsache erklären und sich offenen bzw. nur notdürftig gesicherten

Baustellen widmen: Die Konzeption und Studierbarkeit von Studiengängen wäre beispielsweise einer selbstkritischen Analyse zu unterziehen, die Übergänge zwischen Bildungsbereichen müssten verbessert und die Anschlussfähigkeit von Bildungsgängen angegangen werden, um insgesamt mehr Flexibilität zu ermöglichen.

Mit Blick auf die Politik ist zu hoffen, dass es gelingt, das wenig produktive Geflecht von Kompetenzen und Potenzen föderal neu zu sortieren. Zum Wohle der Hochschulen, ihrer Angehörigen und - wenn Kennedy Recht haben sollte - zum Wohle der Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems.

für Bildung und Wissenschaft der Heinrich-Böll-Stiftung.

Bildungsgerechtigkeit

Unser Bildungssystem hat eine soziale Schlagseite. Es privilegiert die Privilegierten. Wer von unten kommt, hat es schwerer als andere. Immer noch stoßen Migrantinnen und Migranten auf subtile oder offene Formen der Abwertung, weil andere Aspekte über Bildungswege entscheiden als Begabungen, Talente und Fähigkeiten. Für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen, muss daher eines der großen Ziele künftiger Bildungspolitik sein. Es geht darum, den Anspruch auf Gleichheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen - gerade im Bildungsbereich, wo schon früh Lebenschancen eröffnet oder verbaut werden. Ohne Bildung kein sozialer Aufstieg. Unsere Gesellschaft kann sich weniger denn je leisten, Kinder aus ,bildungsfernen Schichten' nicht zu fördern. Schon heute öffnet sich eine wachsende Fachkräfte-Lücke. Der demografische Wandel verschärft dieses Problem. Gute Bildung für alle wird zur Schlüsselfrage für den Wohlstand von morgen. Das Ziel ist und bleibt: mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem.

Ralf Fücks ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

"Den Finanzdeckel aufheben"

Die Grünen Bildungspolitiker Krista Sager und Kai Gehring fordern mehr Geld für die Hochschulen und eine Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern, um Bildung und Wissenschaft nachhaltig zu finanzieren

Frau Sager, seit Jahren wird über die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen debattiert. Warum ist es so schwierig, dagegen etwas zu unternehmen?

In den letzten Jahren sind zwar erhebliche zusätzliche öffentliche Mittel in

das Wissenschaftssystem geflossen, das Problem der erodierenden Grundfinanzierung der Hochschulen wurde damit aber nicht behoben. Im Gegenteil die Probleme wurden durch Sonderprogramme wie den Pakt für Forschung und Innovation, die Exzellenzinitiative oder den Hochschulpakt zum Teil sogar

verschärft und werden sich durch die Schuldenbremse für die Länder noch weiter vergrößern.

Der Hochschulpakt schafft zwar Studiermöglichkeiten, finanziert aber nicht die Vollkosten eines Studienplatzes. Durch die dramatisch gestiegene Drittmittelquote werden zusätzliche Grundmittel gebunden. Gleichzeitig verstärken die Drittmittel die Tendenz zur Kurzzeitbefristung von Beschäftigungsverhältnissen. Der Pakt für Forschung und Innovation, von dem vor allem die außeruniversitären Forschungseinrichtungen profitieren, löst bei den Ländern erhebliche Mitfinanzierungspflichten aus. Diese Mittel stehen dann bei der Grundfinanzierung der Hochschulen nicht zur Verfügung.

Zusammen mit Kai Gehring haben Sie zu Jahresbeginn Vorschläge für einen Umbau der Hochschulfinanzierung unterbreitet. Was sind die zentralen Anliegen der Grünen?

Wir wollen, dass mehr Geld in die Haushalte der Hochschulen fließt. Das kann man auf unterschiedliche Weise erreichen: Der Bund könnte etwa eine größere Verantwortung bei der gemeinsamen Forschungsförderung übernehmen, und die Länder könnten sich im Gegenzug dazu verpflichten, die frei werdenden Mittel in die Hochschulen zu investieren. Der Bund könnte beispielsweise bei der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft 70 statt bisher 50 Prozent der Kosten übernehmen und die Programmpauschale erhöhen.

Ein zweites zentrales Thema ist die Befristung von Arbeitsverhältnissen, die inzwischen extrem ausgeufert ist. Wir wollen daher die Wissenschaftspakte an Mindeststandards für vernünftige Beschäftigungsverhältnisse koppeln. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen sich verbindlich verpflichten, für eine nachhaltige Personalentwicklung zu sorgen.

Herr Gehring, warum sehen Sie vor allem im Bereich Finanzen den Schlüssel für mehr Qualität in Studium und Lehre? Fortsetzung Seite 2

































Die Anforderungen an die Hochschulen steigen: mehr Studierende, eine vielfältigere Studierendenschaft, Öffnung für Erwachsenen- und Weiterbildung, Technologie- und Wissenstransfer, regionale Vernetzung und Internationalisierung. All diese Daueraufgaben bewältigen die Hochschulen mit einer Grundfinanzierung, die zwischen 1995 und 2008 nur um 16 Prozent gestiegen ist. Das entspricht nicht einmal einem Inflationsausgleich. Im selben Zeitraum wuchs die Zahl der Studienanfänger um 34 Prozent. Inzwischen berichten vier von zehn Studierenden von überfüllten Seminaren und Vorlesungen oder ausgebuchten Pflichtveranstaltungen. Das verschlechtert Studienbedingungen und gefährdet Bildungsaufstiege! Wer heute nur halbherzig in bessere Bildung investiert, wird Fachkräftemangel und soziale Folgekosten ernten.

Was muss geschehen, damit sich die Situation der Studierenden tatsächlich verbessert?

Der Bedarf an Studienplätzen bleibt noch lange Zeit auf hohem Niveau. Der Hochschulpakt muss daher aufgestockt und verstetigt werden, damit zusätzliches Personal eingestellt und Baumaßnahmen eingeleitet werden können. Steht der Bund weiter auf der Bremse, werden Länder und Hochschulen ab 2014 auf sich allein gestellt sein, die zusätzlichen Studienanfänger zu finanzieren. Der bisherige Finanzdeckel muss daher aufgehoben werden, um bessere Studienbedingungen zu ermöglichen. Allein dafür sind ab 2014 jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich notwendig. Auch müssen die Weichen für eine Neujustierung des Paktes ab 2016 gestellt werden.

Im Grundgesetz ist das "Kooperationsverbot" verankert, das in der Bildung das Zusammenwirken von Bund und Ländern untersagt und in der Wissenschaft in enge Bahnen zwingt. Warum wollen Grüne und SPD Kooperationsmöglichkeiten erweitern?

Das Kooperationsverbot muss vollständig fallen. Der Vorschlag von Union und FDP, ein paar "Leuchtturm-Unis" mit Bundesmitteln zu fördern, läuft an den drängendsten Problemen vorbei. Herausforderungen wie Ganztagsschulen, Inklusion und Studienplätze müssen von Bund und Ländern endlich gemeinsam bewältigt werden. Dafür braucht es eine Ermöglichungsverfassung für Bildung und Wissenschaft sowie eine echte Verantwortungspartnerschaft von Bund und Ländern.





Krista Sager ist Sprecherin für Wissenschafts- und Forschungspolitik, Kai Gehring Sprecher für Bildungsund Hochschulpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Gesucht: Hochqualifizierte aller Fachrichtungen

Der demografische Wandel eröffnet neue Berufschancen für Studierende aller Disziplinen. von Stefanie Groll

as IW Köln rechnet für die kommenden 15 Jahre mit einem "Bedarf von knapp 1,2 Millionen zusätzlichen Akademikerstellen". Für die heutigen Studierenden ist das verheißungsvoll: Sie werden gebraucht und ihr Studium scheint sie gegen Arbeitslosigkeit abzusichern. Doch gilt das für alle Studierenden? Bekommen Sprachwissenschaftler/innen dank demografischen Wandels in Zukunft genauso einfach einen Job wie Ingenieure? Wie viele Absolvent/inn/en aus leidiger Erfahrung wissen, ist der

Einstieg in das Berufsleben holprig, denn der Arbeitsmarkt gibt sich höchst selektiv, was die Studienfächer betrifft.

MINT-Fächer sind in der Offensive

Die Selektivität des Beschäftigungssystems lässt sich in der Tat gut entlang der Studie "Hochschulabschlüsse im Umbruch" der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) nachzeichnen (2009). Die Daten belegen, dass es bisher nicht egal ist, was man studiert. Studierenden von Fächern ohne klaren Berufsfeldbezug, das sind klassischerweise die Geistes- und Sozialwissenschaften, gelingt der Einstieg ins Berufsleben weniger gut als den MINT-Absolvent/inn/en. Erstere berichten häufiger von Unterforderung, und die "ökonomische Verwertbarkeit" ihres Studiums ist geringer.

Studieren Hunderttausende das Falsche, weil es jobtechnisch schwierig ist und längerfristig berufliche Unzufriedenheit droht? Die Studierenden in den Fächern ohne klaren Berufsfeldbezug sehen es eher gelassen. Trotz der objektiv schlechten Bedingungen beim Berufseinstieg sind sie mehrheitlich doch zufrieden, bereuen ihre Fächerwahl nicht. Die Prognose des IW Köln deutet jedoch darauf hin, dass auch sie demnächst gebraucht werden, in Industrie und Dienstleistungen - und in Branchen, die bisher vor allem die MINT-Studierenden umwerben.

Unternehmen müssen mehr in den Nachwuchs investieren

Methodische Kompetenzen wie "fachliches, auch disziplinübergreifendes Urteilsvermögen, die Fähigkeit zur Nutzung von Recherche- und Arbeitstechniken sowie von Methoden des Zeit- und Projektmanagements" gehören zum Kern der akademischen Ausbildung. Und natürlich soziale Kompetenzen wie "Kommunikationsfähigkeit auch in anderen Sprachen, Teamfähigkeit und die Fähigkeit zur Nutzung von Präsentations-, Moderations- und Feedbacktechniken". So steht es in einem Memorandum der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA), des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Hier wird auf Kompetenzen gesetzt, die auch oder gerade Studierende erlangen, die in den Sozial- und Geisteswissenschaften zu Hause sind.

BDA, BDI und HRK legen den Unternehmen nahe, die übergreifenden Kompetenzen aller Hochschulabsolventen zu erkennen, ihnen den Berufseinstieg zu erleichtern und sie bedarfsgerecht weiterzubilden. BDA, BDI und HRK haben erkannt, dass es Aufgabe der Unternehmen ist, in die Weiterbildung und das Kompetenzprofil der Berufseinsteiger/innen zu investieren. Anders gesagt: Noch tun die Unternehmen aus Sicht der Verbände zu wenig, um nichteinschlägige Absolvent/inn/en anzusprechen und in ihre Betriebe zu integrieren. Die Arbeitgeberverbände werben darum bei ihren Mitgliedern dafür und setzten entsprechende Pro-

Diese Initiativen der Verbände sind richtig, denn die Kosten für Personalentwicklung sollten nicht auf die Hochschulen und die Steuerzahler/innen abgewälzt werden. Zudem müssten solche Initiativen sowieso am Bedarf der unterschiedlichen Unternehmen ausgerichtet sein. Erst dann können die Unternehmen das gesamte akademische Potenzial erschließen. Und im demografischen Wandel liegen dann neue berufliche Chancen für alle Studierenden.

Stefanie Groll ist Promovendin an der Graduate School of Politics an der Universität Münster.



GRAFIK: ANNA BERGE

Small-Talk-Wissen für Studierende

- 1. Im Jahr 1996 nahmen 28,1% eines Jahrgangs ein Hochschulstudium auf, 2012 waren es fast doppelt so viele, nämlich 54,7%.
- 2. An der Universität Kopenhagen gibt es den Masterstudiengang *Master* of *Disaster Management*. Worum geht es? Akademische Weiterbildung von Katastrophenhelferinnen und -helfern.
- 3. Warum promovieren? "Raise your level of self-esteem with a prestigious honorary degree", ist die Antwort der *Miami Life Development Church*, bei der man für schlappe 60,- Euro einen Ehrendoktor erwerben kann. Zur Wahl stehen anerkannte Fachgebiete wie
- Feng Shui, Angel Therapy, Ufology, Aromatherapy und Transpersonal Communications. Unser Favorit: der Doctor h.c. of Immortality. Ewig währt am längsten.

zontaler (inhaltlicher) Angemessenheit.

4. Der berühmte Zettelkasten des Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann umfasst etwa 65.000 eng beschriebene



Zettel in einem unscheinbaren Karteischrank. Um Platz zu sparen, verwendete Luhmann zudem extra dünnes Papier.

5. Der Tractatus Logico-Philosophicus ist das einzige wissenschaftliche Buch, das Ludwig Wittgenstein je veröffentlicht hat. Der Philosoph flüchtete vor seinem Abschluss von der Uni, weil er ernsthaft fürchtete, dort verrückt zu werden.

6. Der US-Bundesstaat Kalifornien gibt inzwischen mehr Geld für seine

Gefängnisse aus als für seine Hochschulen, so eine Studie der Non-Profit-Organisation California Common Sense (CACS): In den letzten 30 Jahren sind die Ausgaben für Hochschulen um 13 % gesunken, während sich die Aufwen-

während sich die Aufwendungen für Haftanstalten vervierfacht haben.

7. Die durch den Träger der Hochschulen finanzierten laufenden Ausgaben für Forschung

und Lehre beliefen sich

Hochschulabschlüsse im Umbruch/HIS 2011

in Deutschland im Jahr 2009 auf 7.210 Euro je Studierenden. Träger sind in den meisten Fällen die Länder. Für angehende Mediziner/innen müssen 26.650 pro Kopf aufgebracht werden, in den Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften nur 4.450 Euro.

8. Die längste Doktorarbeit umfasst laut Guiness-Buch der Rekorde knapp 2200 Seiten. Es ist die Dissertation des



Brüssel scheut das Bauernopfer

Dänemarl

Aufsehen und Protest erzeugte im letzten Jahr die Nachricht, dass das beliebte Austauschprogramm "Erasmus" finanziell auf der Kippe stand. Die Finanzierung ist inzwischen vorerst gesichert, aber wie konnte es dazu kommen? Von Beate Jochimsen

ie europäische Finanz- und Schuldenkrise hat dazu geführt, dass die Haushalte vieler EU-Mitglieder unter Druck gerieten. Regierungen mussten umfangreiche Konjunkturprogramme finanzieren, und die EU hat nationale Verschuldungsgrenzen beschlossen. Beides schränkt die fiskalische Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten ein. Als Folge sind Bereitschaft und Fähigkeit zur Finanzierung des EU-Haushalts gesunken. Sichtbar wurde dies jüngst bei den Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den EU-Haushalt von 2014 bis 2020. Die Mitgliedstaaten pochten darauf, dass die Ausgaben künftig niedriger als bisher ausfallen. Es musste gespart werden. Auf den ersten Blick bieten sich die großen Ausgabenblöcke an. In der EU sind das Agrarund Strukturausgaben mit jeweils knapp 400 Mrd. Euro im MFR. Das entspricht knapp 80 Prozent der Gesamtausgaben. Warum wird nicht bei den Agrarausgaben gespart? Länder, die sehr von den

Agrarsubventionen der EU profitieren, haben den MFR maßgeblich mit ausgearbeitet und dabei den Status quo fixiert. Zudem haben die Bauern eine mächtige Lobby. Demonstrationen in Brüssel mit Hunderten Traktoren beeinflussen Politiker und Öffentlichkeit gleichermaßen. Und warum wird nicht bei den Strukturausgaben gespart? Die Nettozahler der EU, also Staaten wie Deutschland, die mehr in den EU-Haushalt einzahlen als sie aus ihm erhalten, profitieren teilweise erheblich von den Strukturmitteln. Deutschland etwa will hier nicht kürzen, da vor allem die neuen Bundesländer in den Genuss der EU-Mittel kommen. Es bleiben also nur die kleineren Ausgabenblöcke. Hier kommt der Europäische Hochschulraum ins Spiel, der maßgeblich durch den 80 Mrd. Euro schweren Block "Forschung und Innovation" finanziert wird. Im Prinzip sind sich zwar alle einig, dass Wissenschaft

wichtig und förderungswürdig ist. Doch

der Hochschulbereich hat (noch) eine schwache Lobby. Das kann sich ändern, denn es gibt viel mehr Studierende und Wissenschaftler als Bauern in der EU. Allerdings ist der einzelne Bauer in seiner unmittelbaren Existenz bedroht, wenn die Agrarsubventionen sinken. Dagegen hat die Unterfinanzierung des Wissenschaftsbereichs nur schrittweise Auswirkungen. Es wird etwas voller in den Veranstaltungen, es gibt etwas weniger Stellen in den Labors und etwas weniger Austauschprogramme. Gerade in einer globalisierten Welt sind die Folgen mittelfristig jedoch verheerend. Studierende und Lehrende sollten sich bewusst sein, dass es bei der Interessenvertretung in der Wissenschaft auch und ganz besonders auf sie ankommt.

Beate Jochimsen ist Professorin für allgemeine Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Finanzwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

"Wie wir leben wollen"

Für eine gute und nachhaltige Zukunft brauchen wir verantwortungsvolle Forschung, die uns die Herausforderungen der 'Großen Transformation' meistern lässt. Tamara Or erzählt, worum es bei 'Transformationsforschung' geht und wie das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung Studierende und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fördert

Großen, Worum geht es bei der Transformation'?

Wenn alle Menschen auf dem Globus so leben würden wie wir in Europa oder in Nordamerika, wären die natürlichen Ressourcen der Erde schon bald verbraucht. Um diesem ernüchternden Szenario rechtzeitig und wirksam zu begegnen, sind vielfältige und grundlegende Veränderungen notwendig. die unter dem Begriff, Große Transformation' gefasst werden: Es geht um den ökologischen Umbau der Industriegesellschaften. Es geht um die Neugestaltung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Es geht darum, wie wir leben wollen.

Die Worte "Wissenschaft" und "Forschung" sind bislang nicht gefallen ...

... ihnen kommt aber bei der Bewältigung und Gestaltung der 'Großen Transformation' eine herausragende Bedeutung zu. Das hat zuletzt der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU), den die Bundesregierung 1992 als unabhängiges Beratungsgremium eingesetzt hat, deutlich gemacht, indem er die Transformation zu einer nachhaltigen klimaverträglichen Gesellschaft als offenen Suchprozess beschrieben hat. Zwar ließen sich Nachhaltigkeitsziele definieren, aber es sei nicht möglich, einen angestrebten Endzustand von Wirtschaft und Gesellschaft zu beschreiben oder vorzugeben. Aus diesem Grund sind Forschung und Bildung für den Erfolg dieses Suchprozesses zentral.

,Transformation' ist ein schillernder Begriff. Wie kann man als Studienwerk diesen Themenbereich fördern?

Wir haben einen Förderschwerpunkt ,Transformationsforschung' eingerichtet, der verschiedene Ebenen kombiniert: In erster Linie geht es um die Förderung von Promotionsvorhaben, die einen wichtigen, oftmals interdisziplinären Forschungsbeitrag zum Thema ,Transformation' leisten. Der Förderschwerpunkt ist als Themen-Cluster organisiert, um den Promotionsstipendiatinnen und -stipendiaten auch die Möglichkeit zu eröffnen, bestehende fachwissenschaftliche Ansätze zusammenzuführen oder unter transformationsrelevanten Fragestellungen neu zu kombinieren.

Welche Unterstützung bietet das Studienwerk für Studierende an?

Mit unserem Studienprogramm "Transformation gestalten", das im Juni 2013

starten wird, richten wir uns an die Stipendiatinnen und Stipendiaten aller Begabtenförderungswerke. Wir haben das Programm aufgelegt, weil wir mit dem WBGU die Überzeugung teilen, dass ein erfolgreicher Transformationsprozess entscheidend von einer starken Partizipation der Gesellschaft abhängt - schließlich geht es um nichts Geringeres als den ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaften. Wir sehen die Studierenden der Begabtenförderungswerke als junge Nachwuchskräfte, die den Transformationsprozess in Zukunft als Akteure mitgestalten werden. Das Programm zielt daher darauf ab, die Fähigkeit der Studierenden zu fördern, unterschiedliche fachliche Perspektiven und Kompetenzen sowie divergierende politische Überzeugungen und Wertorientierungen konstruktiv und lösungsorientiert zueinander in Beziehung zu setzen.

Wie sieht das Bewerbungsverfahren für eine Promotionsförderung konkret aus?

Zweimal im Jahr, jeweils zum 1. März und zum 1. September, können sich Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler bei uns um eine Förderung bewerben. Wir bieten neben der finanziellen Unterstützung ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm zu politischen Themen, zur Förderung der überfachlichen Diskussion, zur Persönlichkeitsentwicklung und zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen oder zur Vorbereitung auf den Beruf an. Auf unserer Website findet man dazu ausführliche Informationen sowie Hinweise auf interessante Veranstaltungen der Stiftung, die allen Interessierten offenstehen.

Tamara Or ist Referentin für Promotionsförderung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Fragen stellte Philipp Antony. www.boell.de/studienwerk.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG



Bericht aus der Zukunft Wie der grüne Wandel funktioniert

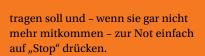
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

oekom Verlag, 320 S. zahlreiche Abbildungen, Preis: 24,95 Euro Erscheint 6. Juni 2013 (auch als E-Book). Bestellung: www.boell.de/publikationen

men wurde das Werk an der Universität Konstanz.

9. Berlin und Niedersachsen hui, Bayern und Schleswig Holstein pfui: Der Frauenanteil in der Professorenschaft liegt in Berlin bei 28,8 % und in Niedersachsen bei 23,6 %. Bayerische Hochschulen kommen auf nur 15,1% und die im hohen Norden auf nur 14,6%.

10. Eine Stop den Prof-Funktion hat die TU Freiberg in die neueste Version ihrer myTU-App integriert. Studierende können während einer Lehrveranstaltung der Dozentin bzw. dem Dozenten mitteilen, ob er/sie langsamer oder schneller vor-



11. Viva España! Nach Spanien zieht es die meisten ERASMUS-Studierenden. Am beliebtesten sind die Universitäten von Granada, Valencia und Madrid. In Deutschland nehmen die Berliner Universitäten die meisten ERASMUS-Studierenden auf.

12. Das California Memorial Stadium - Austragungsort der Heimspiele der Cal Bears, dem Footballteam der UC

Berkeley - hat eine Kapazität von 73.347 Sitzplätzen. Die Stimmung kocht besonders hoch, wenn die Cal Bears gegen die Erzrivalen aus Stanford antreten. Zum Vergleich: Das größte Fußballstadion in Deutschland in Dortmund fasst knapp 80.000 Menschen, das Olympiastadion in Berlin rund 74.000.

13. Im Alter von 97 Jahren hat der Australier Allan Stewart sein Studium mit einem Master in Klinischen Studien abgeschlossen. Er gilt damit als ältester Uni-Absolvent der Welt.

14. Nach einer Studie im Auftrag der Neuen Zürcher Zeitung verdienen Schweizer Professor/inn/en mit einem durchschnittlichen Bruttogehalt von rund 17.100 Schweizer Franken fast doppelt so viel wie ihre Kolleginnen und Kollegen in Deutschland.

> 15. Nobelpreis-Gewinner der UC Berkeley haben dort niemals Parkplatz-Probleme. Für sie sind Dauerparkplätze reserviert. Momentan forschen und lehren neun Nobel Laureats an der Universität in



der Bay Area, insgesamt schmücken 51 Nobelpreis-Gewinner die Uni.

16. Massenvorlesungen sind möglich, ohne dass man sich drängeln oder auf den Boden setzen muss: Auf der Internetplattform Coursera bieten aktuell 33 Hochschulen aus aller Welt Online-Vorlesungen an. So referiert der Princeton-Professor Jeremy Aldemann vor 83.000 Studierenden über die "Geschichte der Welt seit 1300".

\BBILDUNG: © WWW.INTEGRALINFORMATIONARCHITECTURE.COM

Was haben Hochschulen von **Diversity Management?**

Das Management von Vielfalt hat seit einigen Jahren Konjunktur in Hochschulen und Hochschulpolitik. Woher kommt das Interesse?

Von Stefanie Groll und Nursemin Sönmez

mmer mehr so genannte nichttradi-Ltionelle Studierende strömen an die Hochschulen, vorrangig an Fachhochschulen: "Arbeiterkinder", Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen, die auf anderem Wege als über die Allgemeine Hochschulreife einen Studienplatz erworben haben. Die berufsnahe, wissenschaftsbasierte und hochwer-

tige Ausbildung breiter Bevölkerungsschichten ist seit den 1970er Jahren ein bildungspolitisches Leitbild. Der Soziologe und FDP-Politiker Ralf Dahrendorf sprach seinerzeit davon, dass auch "das katholische Arbeitermädchen vom Lande" die Alma Mater von innen kennenlernen solle. Die soziale Öffnung der Hochschulen war und ist immer beides:

Ein Gebot der Bildungsgerechtigkeit und ein Gebot wirtschaftlicher Rationalität. Mehr Menschen sollen die Chance bekommen, durch höhere Bildung sozial und finanziell aufzusteigen. Gleichzeitig sollen sie als qualifizierte Arbeitskräfte die wirtschaftliche Entwicklung fördern.

Universitäre Monokulturen aufbrechen

Heute ist es das Damoklesschwert des demografischen Wandels, das die weitere soziale Öffnung der Hochschulen forciert. Die zunehmende Heterogenität der Studierendenschaft ist für Hochschulleitungen und Lehrende eine echte Herausforderung, gerade an den Universitäten: Sie müssen jeden Studierenden da abholen, wo sie oder er steht. "Wir wollen die universitäre Monokultur aufbrechen und im universitären Bildungssystem unterrepräsentierte Gruppen fördern", sagt Ute Klammer, Prorektorin für Diversity Management an der Universität Duisburg-Essen. Die meisten Maßnahmen, die unter Diversity Management firmieren, zielen auf die so genannten nichttraditionellen Studierenden. Spezielle Lehrangebote wie Brückenkurse zwischen Schule und Studium und ein "Schnupperstudium" werden für sie angeboten. Diversity Management heißt aber auch, Lehrende didaktisch und pädagogisch für die neuen Studierenden zu sensibilisieren. Gerade Hochschulen in Ballungsgebieten und in von Abwanderung betroffenen Regionen haben ein hohes Eigeninteresse daran, neue Studierende zu gewinnen, und setzen darum auf Inklusion. Anderenfalls könnten sie staatliche Kapazitätsanforderungen nicht erfüllen, was letztendlich zur Schließung der Einrichtung führen könnte. Aus Perspektive der Hochschulen ist Diversity Management also auch Studierendenmarketing. Vielfalt unter den

Studierenden herzustellen und sie entsprechend zu fördern wird in einigen Hochschulen zur Notwendigkeit, wie etwa im Ruhrgebiet.

So will auch die Westfälische Hochschule mit ihrem Talentförderprogramm "eine bessere Ansprache von leistungsfähigen Talenten erreichen, die eine akademische Bildungsbiografie bislang nicht in Erwägung ziehen", erklärt Programmleiter Suat Yilmaz. Das seien insbesondere "junge Talente aus Nichtakademikerfamilien. Zuwandererfamilien und einkommensschwachen Familien". Von der "Aktivierung dieses Talentpotenzials" hänge die "Zukunftsfähigkeit des Ruhrgebiets" ab.

Stefanie Groll promoviert in Politikwissenschaft an der Universität Münster. Nursemin Sönmez ist Referentin im Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung und hat das Programm "Chancengerechtigkeit" geleitet.

Stipendien bei der Heinrich-Böll-Stiftung

Woran erkenne ich, ob die Heinrich-Böll-Stiftung die richtige Förderinstitution für mich sein könnte?

Die Heinrich-Böll-Stiftung steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Unsere zentralen Themen sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Wissenschaftspolitik, Demokratieförderung und Menschenrechte, Gender und Interkulturalität/Diversity, Klimawandel und Energiewende, Nachwuchsförderung u. a. Wer sich bewirbt, sollte diesen Werten und Anliegen positiv gegenüberstehen und sich aktiv dafür einsetzen.

Habe ich aussichtsreiche Chancen auf eine Förderung, wenn ich sehr gute Noten in der Schule und beim Studium nachweisen kann, aber mich gesellschaftspolitisch nicht engagiere, oder umgekehrt?

Nein, beide Kriterien - hervor-

ragende Leistung und gesell-

schaftliches Engagement - müssen erfüllt sein und sind notwendige Bedingungen für eine erfolgreiche

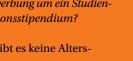
Was ist mit "gesellschaftlichem Engagement" gemeint?

Beispiele für gesellschaftspolitisches Engagement können sein: Mitarbeit in der Fachschaft, Schulsprecher/in, Leitung internationaler Jugendcamps, Mitarbeit in der Grünen Jugend, Engagement in Verbänden und NGOs, wie z.B. in einem Migrationsverein, beim BUND, bei Terre des Femmes, bei amnesty international u.v.m. Eine Parteimitgliedschaft bei Bündnis 90/ Die Grünen ist keine Fördervoraussetzung.

Gibt es eine Altersgrenze für die Bewerbung um ein Studienoder Promotionsstipendium?

Nein, dafür gibt es keine Alters-

www.boell.de/studienwerk



Das Lernen lernen

Wie der eigene Lernprozess steuerbar wird. Von Katharina Kutzias

Studieren kann an die Nerven gehen. Nach einer 2012 veröffentlichten Studie der TU Chemnitz kristallisiert sich in den letzten fünf Jahren unter Studierenden eine deutliche Tendenz zur Überlastung heraus, welche psychische Erschöpfung hervorruft. Dem drohenden Burn-Out kann durch die Steuerung des eigenen Lernens vorgebeugt werden: Was sich nach Mehrarbeit anhört und ein bisschen Übung erfordert, wird sich rasch auszahlen.

Selbstbeobachtungen im Lernprozess

Zunächst sollten Lernende sich durch Selbstbeobachtung mit dem eigenen Lernverhalten auseinandersetzen: Zu welcher Zeit bin ich am aufnahmefähigsten? In welchen räumlichen Umgebungen und wie lange kann ich mich konzentrieren? Für die Beantwortung dieser Fragen sollten Lernende sich

ein wenig Zeit nehmen. Es sollten mindestens fünf zu unterschiedlichen Tageszeiten stattfindende Lernsitzungen beobachtet und die Ergebnisse schriftlich festgehalten werden. Ab dann gilt: Möglichst nur in den ermittelten Konzentrationsphasen lernen, und wenn die Konzentration endgültig erschöpft ist, aufhören und Aktivitäten beginnen, die Spaß machen. Bei kleinen Konzentrationsschwächen, also störenden Gedanken, sollte jedoch nicht allzu schnell aufgegeben werden. Lieber das Fenster öffnen, aufstehen und sich den Stoff noch mal bei langsamem Gehen im Zimmer aufsagen.

Der Umgang mit der eigenen Zeit und Aufmerksamkeit spielt beim selbstgesteuerten Lernen eine wichtige Rolle. Daher sollte anschließend ein Lernplan erstellt werden, der die positiven Lernzeiten berücksichtigt, aber auch genügend Raum für Freizeit lässt. Hier gilt: Weniger ist mehr. Zwei bis drei Stunden

täglich ist oft effektiver als vier Stunden oder länger am Stück zu lernen.

Lernphasen sollte keine intensive Mediennutzung vorangehen, denn das zerstreut die Aufmerksamkeit. Also: Facebook und E-Mail mal für einige Stunden abschalten. Auch emotionaler Stress führt zu Konzentrationsproblemen. Anstatt sich zu quälen, sollte man lieber ruhig machen und am nächsten Tag mit neuem Elan antreten.

Mit unterschiedlichen **Techniken lernen**

Für kurzfristige Lerneffekte können denen Listen oder Stichworte wiederholt werden. Die Wiederholung sollte geschrieben oder gemalt, gesprochen oder gehört erfolgen. Je mehr Sinne im Lernprozess involviert sind, desto besser kann das Gehirn den Pfad zum neuen Inhalt finden.

Für nachhaltige Lernergebnisse werden vor allem elaborative Übungen empfohlen: einen Text zusammenfassen, ihn in eigenen Worten wiedergeben, eigene Beispiele zum Thema finden. Dies kann schriftlich oder mündlich geschehen, wobei sich hier die Auseinandersetzung mit anderen Lernern empfiehlt, da Inhalte zusammen erarbeitet werden. Ferner haben Lerntreffen den Vorteil, dass sie einen vorgegebenen Start- und Endzeitpunkt haben, so dass nach der Lerneinheit die Freizeit beginnen kann. Ein weiteres wichtiges Instrument ist das Lerntagebuch. Es dient dazu, den Lernprozess zu dokumentieren, sodass der/die Lernende sich nach und nach besser kennenlernt und das Lernverhalten reflektiert und angepasst wird. Ein Lerntagebuch anzufertigen bedeutet, nach jeder Lerneinheit, ob alleine oder in der Gruppe, Fortschritte und Schwierigkeiten, Verstandenes und offene Fragen schriftlich zusammen-

zufassen. Anschließend wird das Ergebnis der Lerneinheit vom Lernenden selbst bewertet. Auf diese Weise werden die erworbenen Inhalte ein weiteres Mal zusammengefasst und das Lernen selbst aus der Metaperspektive

Eine ehrliche Selbsteinschätzung, gutes Ressourcenmanagement, individuelle Lernstrategien und regelmäßige Selbstevaluation können das Studium angenehmer machen und werden es er-

Zum Weiterlesen die wichtigsten Grundbegriffe des selbstgesteuerten Lernens von Felix Friedrich: http://netzwerk. lo-net2.de/lfvt/Fortbildung/Paedagogik/ Selbstgesteuertes%20lernen.pdf

Katharina Kutzias hat ihre Diplomarbeit über autonomes Lernen geschrieben. Sie arbeitet an einem Weiterbildungs-

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Rückenwind für Talente

- Stipendien und ideelle Förderung
- Foren zum inter<mark>diszipli</mark>nären Austausch Zugang zu unserem Netzwerk im In- und Ausland
- Alumni-Programm, Mentoring

Unsere Erwartungen

- Besonders gute Schul- und Studienleistungen Gesellschaftliches Engagement und politisches Interesse
 - Unterstützung der Ziele der

Bewerbungstermin: 1. März und 1. September

- Menschen mit Migrationshintergrund Studierende aus nichtakademischen
- Elternhäusern MINT-<mark>Fächer, i</mark>nsbesondere mit Bezug zu
- Ökologie sowie Umwelt- und Klimaforschung Studierende aus Fachhochschulen
- Studiere<mark>nde aus Ost- und Südosteu</mark>ropa, GUS,
- Naher Osten, Nordafrika, Konfliktregionen

Weitere Infos auf: www.boell.de/studienwerk

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Publikation



Was hat das Schnitzel auf unserem Teller mit dem Regenwald in Brasilien zu tun? Wie werden Nutztiere gehalten, und welche Auswirkungen hat Massentierhaltung auf Hunger, Armut und Umwelt? Wo gibt es bäuerliche Viehzucht, bei der Tiere und Landflächen aufeinander abgestimmt sind?

Fleischatlas

Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

in Zusammenarbeit mit BUND und Le Monde diplomatique 3. Auflage, Berlin 2013, 52 Seiten, zahlreiche Abbildungen Bestellung unter www.boell.de/publikationen

